

# Resolution zur Krankenhausreform

## Die systematische Unterfinanzierung der Krankenhäuser muss gestoppt werden – Jetzt!!!

Deutschlands Krankenhäuser brauchen eine Reform. Dringend und unbestritten. Als Ergebnis der Bund-Länder-Gespräche vom 10.07.2023 liegt ein Eckpunktepapier zur Krankenhausreform vor, das zahlreiche Absichtserklärungen enthält. Vielleicht führen die in zähem Ringen geeinten Eckpunkte langfristig in eine gute Richtung. Sicher sind die Eckpunkte der Reform aber nicht geeignet, das drohende Krankenhaussterben aufzuhalten. Insbesondere sind große Zweifel angebracht, wie sich die Reform auf die ländlichen Räume auswirkt.

Dass es in den kommenden Monaten und Jahren zu vielen Krankenhaus-Insolvenzen kommen wird, erklärte der Bundesgesundheitsminister selbst. Ein unkontrolliertes Kliniksterben als einen hinzunehmenden Fakt darzustellen, ist aus unserer Sicht vollkommen unverantwortlich und nicht nur eine düstere Drohung für alle Patientinnen und Patienten, sondern auch ein Schlag ins Gesicht all derjenigen Fachkräfte, die sich tagtäglich in den Krankenhäusern unter großer Belastung für die Gesundheit ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen und die wir in unserer Gesellschaft so dringend suchen und brauchen. Dabei ist das drängendste Problem so einfach zu erkennen. Die Inflation sorgt für massive Kostenerhöhungen, die in diesem Jahr vereinbarten und notwendigen Tarifsteigerungen verschärfen dieses Problem zusätzlich. Krankenhäuser können ihre Preise aber nicht anpassen, dementsprechend war der wirtschaftliche Druck für die deutschen Krankenhäuser noch nie so groß wie heute.

Eine Reformprozess für die Krankenhauslandschaft unter Mitgestaltung der Länder ist nur zu begrüßen. Bis eine Reform in Kraft tritt, müssen aber die Krankenhäuser in der Lage sein, ihre Ausgaben zu decken. Blendet man diese Realität aus, werden zu viele Kliniken, und darunter sicher auch die, die dringend notwendig sind, das Ergebnis der Reform nicht mehr erleben. Zur bekannten systematischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser sieht das Eckpunktepapier nur einen Prüfauftrag für den Bund vor, ob denn vielleicht noch Gelder vorhanden sein könnten. Ohne eine faire und auskömmliche Anpassung der Erlöse wird der Zeitpunkt kommen, an dem die Geschäftsführungen der Krankenhäuser gezwungen sind, die Insolvenz zu erklären, weil sie Löhne und Gehälter nicht mehr bezahlen können. Denn nicht jeder Träger hat die Finanzkraft, den Krankenhäusern die notwendigen Mittel für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung aus den ohnehin belasteten Haushalten zur Verfügung zu stellen.

Wir sehen den drohenden kalten Strukturwandel der Krankenhäuser mit Insolvenzen, Schließungen und verheerenden Auswirkungen für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung jetzt.

Angesichts des massiven Fachkräftemangels und schon dadurch drohender Versorgungslücken muss die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung politisch eine höhere Priorität erhalten.

**Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf, umgehend die Zahlungsfähigkeit der Krankenhäuser zu sichern, noch bevor eine große Krankenhausreform greift.**